

Ein Zwischenruf

Der Status um die landesweite öffentliche Diskussion um den BER-Skandal zeigt ein Ausmaß, das mit logischen Erkenntnissen oder Versuchen rationaler Würdigung nicht mehr zu bewältigen ist. Alle Versuche, die Wahrheit über Schuld und Verantwortung an Personen oder Institutionen festzumachen, enden im Sumpf von Lügen, Unfähigkeit, Verantwortungslosigkeit, dummer Interessenhuberei, Profilierungssucht und Wichtigtuerei. Bekannt sind nur die Opfer: die 200 000 von Fluglärm Betroffenen und die Steuerzahler. Unbekannt ist, wie das Ende aussieht - seien es die Kosten oder die Fortsetzung von Lügen und Schönfärbereien. Nicht erstaunlich ist, dass in diesem Sumpf von Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit Vertreter unterschiedlicher Interessen „ihr Heil“ suchen und glauben, dass es schon ausreicht, mit dem BER - wann immer er in Betrieb geht -, schon leben zu können, wenn es die richtigen Flugrouten, die richtige Nachtflugregelung oder auch die richtigen Arbeitsplätze gibt. Wenn sie die richtigen Flugrouten oder die zunächst 270 000 Überflüge/Jahr regeln oder zwischen 22:00 und 6:00 Uhr nicht geflogen wird, dann haben wir nichts gegen den Flughafen am Standort Schönefeld, so die lausige Einstellung.

Zur Freude der verantwortungslosen Versager, die an den Namen Wowereit (SPD), Platzeck (SPD) und Ramsauer (CSU) festgemacht werden können, gehört vor allem, dass sie sich klammheimlich darüber ins Fäustchen lachen, dass ihnen die Betroffenen ihrer Standortfehlerscheidung, ihrer „Pleiten-, Pech- und Pannen-Politik“ keine Sorgen bereiten. Aus ihrer Sicht befassen sich die BIs der Betroffenen mit Problemen, die weder sie noch den BER gefährden.

Zur Analyse des Status gehören darum aber Antworten auf die Fragen: „Was hat die ganze Auseinandersetzung um die Flugrouten gebracht?“, „Was bringen alle Bemühungen, nach der VB-Niederlage in Berlin nun den Erfolg für die notwendige Unterschriftenzahl in Brandenburg zu erzwingen?“, „Warum passiert im Lärmschutz nichts, und warum spielt die Ursache - der falsche Standort - keine Rolle bei den BIs?“

Trotz aller fast schon heldenhaften Widerstände gegen die genehmigten Flugrouten müssen alle, die in Hoffnung lebten, nun wissen, dass sie für die falsche Sache eingetreten sind. Diejenigen haben Recht behalten, die die ganze Flugroutendiskussion, den „Krampf“ um die richtigen Flugrouten, als gigantisches politisches Ablenkungsmanöver von den Fakten klassifiziert haben. Es wurden Klagen eingereicht und unzählige Protestveranstaltungen durchgeführt. Nie war aber die Hoffnung sachlich vertretbar, dass mit Durchsetzung der „richtigen Flugrouten“ immer die Region von Fluglärm verschont wird, in der man selber lebt. Immer ging es um den heiligen St. Florian, politisch um ‚spalte und herrsche‘! Die Fachkompetenz, nach der nicht Flugrouten über Fluglärm in Regionen entscheiden, sondern der Flughafenstandort und die tatsächlichen Bedingungen von An- und Abflug, wurde einfach negiert, vernebelt und nicht vermittelt. Die Betroffenen zwischen Gosen und Ludwigsfelde, Lichtenrade-Süd und Zossen, in Potsdam oder an den Havelseen, so auch am Wannsee und in Kleinmachnow, sollten nicht ehrlich darüber informiert werden, dass sie in Zukunft unter einem Fluglärmteppich leben müssen, der in unterschiedlicher Intensität den Fluglärm zu ihrer „Lebensqualität“ macht. Ihr berechtigter Hinweis, dass sie über ihre

Betroffenheit hinters Licht geführt wurden (Geradeaus-Routen), wurde von den Richtern des Bundesverwaltungsgerichtes ganz im Sinne von Platzeck mit Hohn bedacht. Sie hätten, so die vom Volksmund als „Klugscheisser am Richtertisch“ bezeichneten Urteilsverkünder, bei genauem Hinsehen ahnen können, dass sie auch Fluglärmopfer werden würden. Dass sie das nicht geahnt haben, ist darum ihrer eigenen Dummheit zuzuschreiben, so das Richterverdikt.

Nun läuft in der Auseinandersetzung um die Nachtflugregelung das gleiche Strickmuster ab wie in der Auseinandersetzung um die Flugrouten. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht den von Platzeck im Planfeststellungsbeschluss (2004) festgeschriebenen Nachtflug mit über 100 Flügen zwischen 22:00 und 6:00 Uhr bestätigt hat, greift der Glaube um sich, über ein Volksbegehren in Berlin und Brandenburg, Platzeck und Wowereit, sowie den parlamentarischen Mehrheiten in Berlin und Brandenburg eine andere Nachtflugregelung aufzwingen zu können. Nach dem Glauben sollen dann zwischen 22:00 und 6:00 Uhr keine Flugzeuge mehr am BER abheben. Natürlich hat dieser Glaube einen realistischen Hintergrund. Niemand kann mehr die gesundheitlichen Folgen gestörter Nachtruhe bestreiten. Die Brutalität, mit der die Verletzung des Menschenrechtes auf Nachtruhe im Interesse von Profiten von Fluggesellschaften durchgesetzt wird, belegt die Charakterlosigkeit der bekannten Politiker in Berlin und Brandenburg, die bewusst Menschen durch Fluglärm krank machen.

Vor dem Hintergrund dieser Charakterlosigkeit ist es tragisch, dass der aufopferungsvolle Kampf, über ein Volksbegehren eine menschenwürdige Nachtflugregelung zu erzwingen, erfolglos sein wird. Das Berliner Ergebnis lässt hier schon jetzt grüßen. Unüberhörbar haben Platzeck und Wowereit verkündet: Der Ausgang des Volksbegehrens kümmert uns nicht. Die SPD in Brandenburg hat Platzeck auch noch den Freibrief für Nachtflüge gegeben. Wir haben mit unseren willigen Parteisoldaten in der SPD, im Berliner Abgeordnetenhaus und im Brandenburger Landtag die Mehrheit, um – gleich, wie viele Bürger das Volksbegehren unterstützen - die Nachtflugregelung zu erhalten, die uns gerichtlich bestätigt worden ist. Dabei können wir uns auf unsere politischen Satelliten in der CDU und bei den Linken auch noch verlassen. Im Klartext: Sammelt mal schön Unterschriften, macht tolle Kampagnen, gebt Geld dafür aus, beglückt euch mit Durchhalteparolen, um die notwendigen Unterschriften nun in Brandenburg zu bekommen; wir bleiben dabei: wenigstens 100mal /Nacht werden wir Zehntausende aus dem Schlaf wecken. Das Opfer sollen die Betroffenen bringen, damit bei den Fluggesellschaften die Kasse klingelt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie wirken sich solche Niederlagen wie bei Flugrouten und Volksbegehren auf die Motivation der Betroffenen aus, um überhaupt noch gegen ein Schicksal unter Fluglärm zu kämpfen? Es ist schon erstaunlich, dass es keine Motivation oder kraftvolle Solidarität mit den fast 100 000 Betroffenen gibt, die um einen berechtigten Lärmschutz für ihre Häuser, Horte, KITAS und Schulen kämpfen. Sie stehen mit Inbetriebnahme des BER vor rechtlichen und politischen Zusagen, die nicht eingehalten worden sind. Ihnen helfen keine Flugroutenregelungen oder nur sehr bedingt die Nachtruhe. Sie müssen den dann auf sie niederprasselnden gesundheitsgefährdenden Fluglärm von 1000 Überflügen am Tage, dazu noch die 100 in der Nacht, ertragen. Sie müssen Wertverluste ihrer Immobilien hinnehmen, die zwischen 20% und Schrottimobilie angesiedelt sind.

Für diese wirklich Betroffenen im Kerngebiet des Fluglärms gibt es kein Volksbegehren oder eine Protestbewegung, die Platzzeit und Wöwewreit zwingt zu helfen, andere Regelungen zu erzwingen als lächerliche finanzielle Entschädigungen für Wertverluste am Eigentum. Da gibt es auch nicht die Erkenntnis, dass im Laufe der Jahre das Problem, die Belastung immer größer wird, weil immer mehr geflogen wird. Da gibt es nicht die Erkenntnis, dass diesen in Gesundheit und Existenz Betroffenen nur damit geholfen werden kann, dass das Übel - der BER am Standort Schönefeld - durch Neuplanung eines Großflughafens an einem raumverträglichen Standort, z. B. in Sperenberg (Frage: Welche BI kämpft um die Erhaltung des Standortes?), auf Sicht beseitigt wird. Ganz offensichtlich wird jenes Faktum von allen Kämpfern um Flugrouten und Volksbegehren verdrängt, dass es mit dem gewollten Wachstum des Flugverkehrs auf 440 000 Überflüge/Jahr auch für sie kein Entrinnen mehr gibt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie in ähnliche Fluglärmbelastungen kommen, so wie die schwerstbetroffenen 100 000 bereits dann sein werden, wenn der BER in Betrieb geht.

Die Verdränger sind offensichtlich auch nicht bereit darüber nachzudenken, ob es nicht bis zur Aufgabe des Standortes Schönefeld Entlastungslösungen durch systematische Verlagerung des Flugbetriebes gibt. Die Billigflieger könnten nach Neuhardenberg oder Cottbus verlagert werden, dann erübrigen sich Diskussionen um den Nachtflug weitestgehend. Dann wird es auch keine 3. Piste geben, damit auch keine Ausweitung des Fluglärms in Intensität und regionalem Umfang.

Gefragt zum wirkungsvollen Kampf gegen Fluglärm - nämlich Korrektur einer Standortfehlentscheidung - ist ein neues Denken, ein Umdenken in den BIs, die zur Zeit aufopferungsvoll auf Ziele setzen, die im Interesse der Betroffenen, also auch in Ihrem, in Wahrheit keine Lösung vom Übel des Fluglärms sind.

Darum der Zwischenruf, auch in der Hoffnung, dass nach Vorlage des Ergebnisses um das angestrebte Volksbegehren mit der gleichen - besser noch: mit einer nie dagewesenen - Protestbewegung der Politik die gerechten Entscheidungen abgetrotzt werden und sie zur Besinnung auf Menschlichkeit und Vernunft gezwungen werden.

Ferdi Breidbach (Ehrevorsitzender BVBB)